



Infobrief Juni 2011



**Liebe
Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

mit diesem Infobrief bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger Nähe, Transparenz und Kenntnis der Probleme vor Ort wieder das politische Handeln in Wandsbek bestimmen. Wichtigste Aufgabe wird es sein, neue Beteiligungsformen zu finden, um den Bezirk gemeinsam mit Ihnen so zu entwickeln, dass er hamburgweit an Anziehungskraft gewinnt.

Ihre Anja Quast
Fraktionsvorsitzende

Inhaltsverzeichnis

- Bezirksversammlung am 16. Juni 2011
- Wandsbek ist rot-grün
- Die Brücke ins Nichts in Poppenbüttel
- Vertrag für Hamburg

Impressum:
SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12
22041 Hamburg
ViSdP: Ulrike Nickel

Bezirksversammlung am 16. Juni 2011

Am 16. Juni 2011 findet die eine besondere Sitzung der Bezirksversammlung statt. Nach dem der Koalitionsvertrag zwischen GAL und SPD unterschrieben ist, wird auf der heutigen Sitzung ein neuer Bezirksamtsleiter gewählt, der hinter diesem Vertrag steht und die inhaltlichen Schwerpunkte umsetzt. Der langjährige Fraktionsvorsitzende Thomas Ritzenhoff stellt sich zur Wahl.

Zur Debatte hat die SPD-Fraktion drei Themen angemeldet: Eine Beschlussvorlage aus dem Jugendhilfeausschuss zu der

Einführung von lokalen Bildungskonferenzen, einen Antrag "die Brücke ins Nichts in Poppenbüttel" und einen Antrag "Wiedereinführung von Tempo 50 auf dem zweispurigen Teil der B75 in Meiendorf".

Weiterhin bringt die SPD-Fraktion drei Anträge in die Beratungen der Bezirksversammlung ein:

- Wandsbek im neuen Generalverkehrsplan berücksichtigen
- Baumaßnahmen des LSBG im Bezirk mit der Bezirksversammlung abstimmen
- Kulturinsel Bramfeld realisieren.

Wandsbek ist rot-grün!

Am Freitag, den 10. Juni ist der Koalitionsvertrag für Wandsbek zwischen SPD und GAL unterzeichnet worden. „Mit diesem Vertrag haben wir in sehr angenehmer Atmosphäre eine hervorragende Grundlage für unsere Zusammenarbeit in Wandsbek in den nächsten Jahren geschaffen und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit in der Bezirksversammlung“, so Anja Quast, Vorsitzende der SPD-Fraktion.

SPD und GAL sprechen sich dabei für eine neue Bezirksamtsleitung aus, die die neue Politik für Wandsbek umsetzen und den Bezirk mit seinen über 400.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber dem Senat kraftvoll vertreten kann. Dazu wurde von beiden Fraktionen der Rechtsanwalt und bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Ritzenhoff nominiert.

Das zentrale Thema für die nächsten Jahre wird der Wohnungsbau sein. Dazu wurden im Koalitionsvertrag zahlreiche konkrete Beispiele

benannt, mit denen in Wandsbek neuer Wohnraum geschaffen werden kann, vor allem durch Nachverdichtung und die Umwandlung von Gewerbeflächen.

Anders als bisher sollen die Bürgerinnen und Bürger mit Rot-Grün zukünftig frühzeitig in die Planungsvorhaben einbezogen werden, z.B. durch Planungswerkstätten oder Bürgerforen. So sollen mögliche Konflikte in einem transparenten Verfahren vermieden bzw. gelöst werden. Im Zuge notwendiger Bebauungen werden auch die ökologischen Belange, also Natur- und Landschaftsschutz, Wasser- und Lärmschutz und Erhaltung eines ökologisch funktionsfähigen Landschaftsbildes einbezogen.

Die Fraktionsvorsitzende weiter: „Unsere Zusammenarbeit wird getragen von dem Bestreben, mit den Bürgerinnen und Bürgern Wandsbeks die Zukunft des Bezirks zu gestalten und die Lebensbedingungen für alle zu verbessern.“

Die Brücke ins Nichts in Poppenbüttel

Keine Brücke und kein P+R-Haus in Sicht?

Der nicht zu Ende geführte Umbau der Verkehrsanlage Poppenbüttel ist weiterhin ein großes Ärgernis vor Ort und wird durch den „Trep-penstummel“ der ins Leere führt symbolträchtig dokumentiert.

Nach heutiger Informationslage wird die Herstellung der barrierefreien Fußgängerbrücke voraussichtlich erst im Jahr 2012 erfolgen, da es aufgrund von Planänderungen (Wegfall des P+R-Hauses über den Gleisen) inzwischen zu weiteren Verzögerungen gekommen ist. Es ist der Stadt dann in weit über fünf Jahren Planungs- und Bauzeit nicht gelungen, eine provisorische Lösung zu erreichen, die für einen besseren Übergang zwischen S-Bahn und Busbahnhof gesorgt hätte und die von der Kommunalpolitik auf allen Ebenen stets eingefordert wurde; geschweige

denn, das Gesamtprojekt baulich umzusetzen. Die Nutzer des ÖPNV und die direkten Anlieger müssen seitdem unzumutbare Einschränkungen in Kauf nehmen und umständliche und schlecht ausgeschilderte Umwege zur Erreichung Ihrer Anschlüsse an Busse oder zur S-Bahn nutzen.

Wiederholt wurde die mangelhafte und widersprüchliche Informationspolitik aller beteiligten Dienststellen und Unternehmen hervorgehoben. Es ist an der Zeit, nun endlich transparent über den weiteren Ablauf des Planungs- und Umsetzungsprozesses zu informieren und für eine kundenfreundliche Wegeführung während der Umbauarbeiten Sorge zu tragen. Der in der Bevölkerung zu Recht als Planungschaos wahrgenommene Ablauf muss ein Ende durch klare und nachvollziehbare Aussagen der Verantwortlichen haben.

Der berechtigte Unmut vor Ort setzt sich aktuell fort, weil Planungsideen zu einem P+R-Haus auf einem der vorhandenen P+R-Plätze am Stormarnplatz oder am Tennigkeitweg kursieren. Auch hierzu muss schnell und transparent informiert und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch gesucht werden.

Nach dem Wunsch der SPD-Fraktion sollen die zuständigen Fachbehörden gebeten werden, in eine der nächsten Sitzungen des Regionalausschusses Alstertal sachkundige Referenten zu entsenden, die zum aktuellen Stand der Planungen/im Zuge der Fertigstellung der Fußgängerbrücke am S- und Busbahnhof Poppenbüttel und zum aktuellen Planungsstand der P+R-Parkplätze, bzw. zum Bau eines P+R-Hauses am Bahnhof Poppenbüttel aussagefähig sind und Fragen beantworten können.

Vertrag für Hamburg - Wohnungsneubau

Vereinbarung zwischen Senat und den Bezirken zum Wohnungsneubau

Nach dem Wunsch der SPD-Fraktion soll sich die Bezirksversammlung Wandsbek zu ihrer Verantwortung bekennen, gemeinsam mit allen politischen Kräften in der Stadt der angespannten Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt entgegen zu treten und ihren Beitrag zu leisten, Wohnungsneubau im Bezirk Wandsbek im gesamtstädtischen Interesse zu verstärken und voranzubringen.

Der „Vertrag für Hamburg Wohnungsneubau“ schafft dafür die Basis, auf der in den kommenden Monaten im Spannungsfeld zwischen frühzeitiger Bürgerbeteiligung und zwingend notwendigen Planungsressourcen zügige Umsetzungsschritte erfolgen müssen. Dazu ist die

Bezirksversammlung Wandsbek nach allen Kräften bereit.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung soll bevollmächtigt werden, den Vertrag für Hamburg für die Bezirksversammlung Wandsbek zu unterzeichnen. Die Bezirksamtsleitung soll gebeten werden, ihrerseits dem Vertrag für Hamburg durch Unterschriftsleistung beizutreten.

Die Bezirksversammlung verbindet mit ihrer Zustimmung die Erwartung an die Senatsseite des Vertrages, dass die Kriterien für die sachgerechte Verteilung der von Senatsseite zugesagten Ressourcen in enger Abstimmung mit den Bezirken entwickelt werden und dabei schon heute vorhandene strukturelle Unterschiede bei der Ausstattung der jeweiligen Bezirke mit Planungsressourcen hinreichend berücksichtigt werden.

Die Bezirksversammlung betont zudem die immense Bedeutung, die einer kooperativen und konstruktiven Mitwirkung der Finanzbehörde und der Behörde Wirtschaft, Verkehr und Innovation bei der Erreichung der Wohnungsbauziele in den Bezirken zukommt. Das gilt aus ihrer Sicht sowohl mit Blick auf die Notwendigkeit, potenziell geeignete städtische Flächen (auch Konversionsflächen) aktiv zu Bedingungen einzubringen, die Neubauinvestitionen zu bezahlbaren Mieten ermöglichen, als auch in Bezug auf die Akzeptanz, gegenwärtig nicht marktgängige Gewerbeflächen auch in Streulagen - für den Wohnungsbau freizugeben.